

Es gilt das gesprochene Wort

des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Dorsten
Bernd-Josef Schwane
zur Haushaltsverabschiedung des Doppelhaushalts 2020/2021

am 27. November 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

heute werden der Doppelhaushalt 2020/2021 sowie die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2021 beschlossen.

Wir halten es für klug, den Weg eines Doppelhaushaltes zu wählen, da es im Zusammenhang mit der anstehenden Kommunalwahl im September 2020 zu Terminproblemen kommen kann. Auch wir sind der Meinung, dass es eine Überforderung des neu gewählten Rates darstellen würde, sich sofort nach der Wahl mit dem Haushalt für das Jahr 2021 so intensiv zu beschäftigen, wie dies dem Anlass entsprechend nötig ist.

Auch würden ein Dreivierteljahr wichtige Investitionen nicht durchgeführt werden können. Der neu gewählte Rat könnte dann auf dem genehmigten Doppelhaushalt aufbauen und ggf. einen Nachtrag beschließen. Dieser Weg ist deshalb nach unserem Dafürhalten klug. Der neue Rat könnte neue Akzente setzen.

Wie Sie wissen, stellt die Verabschiedung eines Haushaltes alles andere als ein Vergnügen dar. Dennoch muss der Grundsatz, den städtischen Haushalt wirtschaftlich, effizient und auch sparsam zu führen, beachtet werden. Dieser Grundsatz ist für die CDU alternativlos.

Unsere Stadt steht vor vielen gesellschaftlichen und finanziellen Herausforderungen, viele Baustellen sind vorhanden. Insoweit ist die Aufgabenstellung, die sich für uns ergibt anspruchsvoll, allerdings –wie ich finde – nicht unlösbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die heutige Haushaltsverabschiedung stellt in Form des Doppelhaushaltes die letzte Verabschiedung eines Haushaltes für diesen heute tagenden Rat dar. Die Verabschiedung eines Haushaltes wird von der Politik gerne genutzt, um einen Blick in das nächste Haushaltsjahr, also in die Zukunft der Stadt zu werfen. Dies ist richtig und wird hier auch geschehen.

Es sollte aber auch ein Rückblick auf die letzten 4 Jahre erfolgen. Ich halte dies deshalb für wichtig, weil es gut ist, wenn der Rat zusammenfassend feststellt, was in den letzten Jahren Positives geleistet worden ist. Weiterhin ist dies auch für die Bürgerinnen und Bürger unter dem gleichen Aspekt wichtig. Denn häufig wird nur über negative Dinge geredet und auch berichtet.

Ich will an dieser Stelle mit der wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Stadt beginnen. Hier sind einige Zahlen wichtig:

Die Arbeitslosenquote im Sommer 2014 betrug 8,5 %. Zum gleichen Zeitraum im Juli 2019 belief sie sich auf 6,3 %, mithin ein beachtenswerter Rückgang von immerhin 2,2 %. Hiermit hatten viele Bürger nicht gerechnet. Dorsten liegt somit – und dies ist schon erstaunlich – zum ersten Mal seit Jahrzehnten unter dem Durchschnitt des Landes Nordrhein Westfalen.

Hieraus resultierend ist natürlich die Anzahl der Arbeitsplätze gestiegen. Auch dies ist eine beeindruckende Zahl:

In der Zeit von Juni 2014 bis zum gleichen Zeitraum 2019 sind in Dorsten 2500 Arbeitsplätze neu entstanden. Dies ist umso beachtlicher, als wir in den letzten 10 Jahren die Schließung der Zeche in Dorsten zu verkraften hatten.

Wer weiß es noch: Verlust von 3000 Arbeitsplätzen?

Sicherlich hat die allgemeine positive konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hierzu beigetragen.

Allerdings darf nicht verkannt werden, dass in Dorsten seit etlichen Jahren eine gute Wirtschaftsförderungspolitik betrieben wird. Es sind neue Gewerbegebiete entwickelt worden. Und was noch wichtiger ist, diese Flächen sind verkauft worden. Mithin sind dort neue Arbeitsplätze entstanden.

Ich wiederhole es wie all die Jahre: Wir müssen hier am Ball bleiben! Wir müssen dafür sorgen, dass weiterhin Gewerbe- und auch Industrieflächen für Dorsten und für die

Wirtschaft zur Verfügung gehalten werden. Dies ist nicht immer einfach, da oft die Interessen der Wirtschaft mit denen der Bürger kollidieren. Es ist unser Anliegen, hier für einen Ausgleich zu sorgen.

Wenn ich höre, dass wir in Kürze keine Gewerbeflächen zur Vermarktung zur Verfügung haben, so ist dies auf der einen Seite positiv, weil der Abverkauf natürlich die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt nach vorne gebracht hat; auf der anderen Seite ist dies allerdings auch ein warnendes Signal, für neue Gewerbeflächen Sorge zu tragen, damit Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Ein weiterer Punkt, der hervorzuheben ist: In Dorsten werden seit Jahren Schulden abgebaut. In der letzten Haushaltsrede hatte ich bemerkt, dass in den Jahren zuvor ca. 100 Mio. Euro abgebaut wurden. Dies ist im Kreis Recklinghausen einmalig.

Fest steht, dass in der Zeit von 2014 der Schuldenstand von 345 Mio. auf 251 Mio. heute zurückgegangen ist. Dies ist ein ganz wichtiger Punkt, der der Haushaltssanierung zu Gute kommt. Hierfür ist die CDU eingetreten.

Die Lage auf dem Kapitalmarkt ist zurzeit für die öffentliche Hand sehr gut – anders als für den privaten Anleger. Die Zinsen, die zu zahlen sind, bewegen sich auf einem historisch niedrigen Niveau. Bspw. werden weniger als 1 % Zinsen für die Laufzeit von 30 Jahren für Investitionskredite verlangt. Bei Liquiditätskrediten bringen diese Investitionskredite der Kommune sogar Geld.

Ich halte diese Entwicklung auf dem Kapitalmarkt für äußerst bedenklich. Es wird auch diskutiert, ob es noch sinnvoll ist, weiter Schulden zu tilgen. Vielmehr – und dort gibt es etliche Experten, die diese Meinung vertreten – sollten weitere Schulden bei diesem niedrigen Niveau gemacht werden, um die Infrastruktur zu verbessern.

Ich halte diese generelle Aussage für äußerst gefährlich:

Fest steht, dass die Kredite, die heute aufgenommen werden, Schulden sind, die unsere Kinder und Enkelkinder zurückzahlen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Tatsache ist, dass sich die öffentliche Infrastruktur in einem schlechten Zustand befindet. Das Instandhaltungsdefizit bei uns beläuft sich auf ca. 150 Mio. EUR. Hier muss etwas

passieren. Ich bin der Meinung, dass man einen Mischweg gehen muss: auf der einen Seite weiter Schulden reduzieren, aber auch Geld in Form von Krediten in die Hand nehmen, um die öffentliche Infrastruktur, wie Straßen, Wege, Brücken und Plätze und auch städtische Gebäude auf einen vernünftigen Standard zu bringen. Es sollte so ähnlich laufen, wie dies bei den Investitionen in die städtischen Schulen geschieht und auch schon geschehen ist, allerdings damals mit Hilfe des Bundes.

Sie sehen an diesem Punkt, Demokratie lebt von Diskussionen und Kompromissen und dies ist auch gut so. Und hier an dieser Stelle unterscheiden wir uns wohlthuend von anderen Staatsformen.

Meine Damen und Herren, ich betone ausdrücklich, dass all diese Dinge für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt umgesetzt worden sind. Klar für uns ist allerdings auch, dass wir letztendlich dies alles nur mit dem Geld der Bürger – sprich Steuern – umsetzen können und, dass bei Entscheidungen, die wir treffen, die Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden müssen.

Sie wissen, dass wir in den vergangenen Jahren in Dorsten sehr viel getan haben, um die Bürgerinnen und Bürger aktuell in Entscheidungen einzubeziehen. Ich kenne keine Kommune in NRW, in der die Bürgerbeteiligung so stark ausgeprägt ist, wie hier in Dorsten.

Ich glaube, dass es gelungen ist, in unserer Stadt zusammen mit einem hohen Engagement der Bürgerschaft einiges auf den Weg zu bringen. Hierfür steht die CDU.

Ich setze als selbstverständlich voraus, dass wir als Politiker auch bereit sind, mit den Menschen zu reden, zu diskutieren und auch Anregungen aufzugreifen, denn das impliziert der Begriff „Bürgerbeteiligung“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie sehen, dass dieser Rat in den letzten Jahren insgesamt gesehen, gute Arbeit geleistet hat und wir unseren Nachfolgern eine Stadtgesellschaft übergeben, die, trotz verschiedener Defizite, gut aufgestellt ist.

Was nun den zu verabschiedenden Doppelhaushalt anbetrifft, hebe ich hervor, dass meine Fraktion dafür steht, auch in Zukunft Schuldenabbau zu betreiben, um die Belastung der nachfolgenden Generation nicht ins Uferlose steigen zu lassen.

Gleichzeitig stehen wir auch dafür ein, dass die Sanierungsansätze erhöht werden. Wir wissen, dass die finanzielle und wirtschaftliche Grundlage für unser Handeln nach wie vor das Sanierungskonzept bildet. Es muss strikt eingehalten werden. Ich glaube, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

Ich betone an dieser Stelle, dass es gut war, dass sich auf Antrag der CDU dieser Rat entschlossen hat, mit diesem Haushalt die sog. „Feuerwehrrente“ umzusetzen. Es handelt sich hierbei nicht um eine „Rente“, sondern es handelt sich um ein Anerkennungsgeld für die geleistete Arbeit der freiwilligen Feuerwehr, 365 Tage im Jahr.

Ich muss Ihnen gestehen, dass ich die Diskussion in den sozialen Medien und in der Zeitung nicht verstehen kann, wo von Bürgern in den Raum gestellt wurde, dass es den Feuerwehrleuten nur darum geht, ihre eigene finanzielle Situation zu verbessern. Hierum geht es gerade nicht. Es geht darum, diese ehrenamtliche Tätigkeit, die anders zu bewerten ist als andere ehrenamtliche Tätigkeiten in dieser Stadt und schon ein besonderes Maß an Einsatz verlangt, zu würdigen.

„Ehrenamtliche Feuerwehrleute sind die zuverlässigsten und vertrauenswürdigsten Diener am öffentlichen Wohl. Ich habe sie erlebt als echte Staatsdiener.“

Dies ist ein Zitat. Sie dürfen raten, von wem es stammt. Es stammt von dem von uns allen geschätzten verstorbenen Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt. Ich denke, besser kann man es nicht ausdrücken.

Klar ist, dass wir – ich deutete es schon an – weiter in die Erhaltung der Gebäude und Straßen investieren müssen. Hierauf werden wir ein besonderes Augenmerk richten.

Dies gilt auch für die Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen in unserer Stadt.

Meine Damen und Herren,

nun noch einige Anmerkungen zur Schließung des Haushaltsloches für die kommenden Jahre:

Der Kämmerer hat bei der Haushaltseinbringung Vorschläge gemacht, wie dieses Haushaltsloch zu stopfen ist. Gott sei Dank hat sich in der Zwischenzeit die Situation etwas

entspannt. Dennoch führt kein Weg daran vorbei, weitere Einsparungen vorzunehmen. Wir als CDU wollen nicht wieder in eine Situation geraten wie in den letzten 10 Jahren, in denen unser Gestaltungsspielraum gegen Null tendierte.

Nach Vorschlag der Verwaltung betrifft dies in erster Linie die Mitarbeiter. Danach sollen 15–20 Stellen im Rathaus im Stellenplan 2019 nicht auf Dauer wieder besetzt werden. Klar ist, dass diese Maßnahmen Auswirkungen nicht nur auf die Mitarbeiter haben würden, sondern auch auf die Bürgerinnen und Bürger:

Bei Reduzierung des Personals steigt nämlich nicht nur die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter, sondern es werden auch die Dienstleistungen gegenüber den Bürgern ausgedünnt.

Es ist festzustellen, dass auch der Personalrat verschiedene Einsparmaßnahmen vorgeschlagen hat, um der Stadt über diese schwierige Zeit zu helfen. In diesem Zusammenhang darf ich anmerken, dass auch in den zurückliegenden Jahren der Personalrat immer gegenüber der Politik und der Darstellung von Einsparpotentialen sehr kooperativ war.

Wir als CDU würdigen dies ausdrücklich!

Die Politik ist allerdings in der zurückliegenden Zeit nicht untätig gewesen:

Das Gesundheitsmanagement wird mittlerweile eingeführt. Das externe Gutachten liegt vor. Es wird eine Vollzeit- und eine Teilzeitstelle eingerichtet. Ich betone auch, dass wir wissen, dass die personelle Ausstattung am unteren Rahmen dessen liegt, was der externe Gutachter vorgeschlagen hat.

Dies kann und muss ein Anfang sein, da es wichtig ist, durch unterschiedliche, teilweise auch kleine, Maßnahmen die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten und auch deren Motivation zu fördern.

Letztendlich führt dies dazu, dass bei Umsetzung dieses Konzeptes pro Jahr 200.000,00 EUR an Kosten eingespart werden können.

Wie der Kämmerer in der letzten Woche berichtete, hat sich die finanzielle Situation aus verschiedenen Gründen, unter anderem durch Reduzierung der Kreisumlage und Änderung der Abrechnungslinie SGB 2, für uns als Stadt Dorsten nicht unerheblich verbessert. Diese

allerdings punktuelle Verbesserung hat natürlich bei vielen Kolleginnen und Kollegen, gerade auch im personellen Bereich, zu Begehrlichkeiten geführt.

Uns als CDU ist klar, dass natürlich eine moderne Verwaltung personell gut aufgestellt sein muss; dieses gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Attraktivität der Arbeitsplätze.

Auch glauben wir, dass im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt einiges geschehen muss, um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Für uns als CDU ist der Themenbereich „Bildung“ und „Entwicklung der Schullandschaft“ – auch im digitalen Bereich – eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, auf die wir unser Augenmerk legen werden.

Aus diesem Grunde halten wir es für sinnvoll, wenn der Personaletat für den kommenden Haushalt 2020 um 150.000,00 € erhöht wird. Dieses führt nicht dazu - ich betone es an dieser Stelle ausdrücklich -, dass neue Stellen geschaffen werden. Hierdurch wird erreicht, dass die Flexibilität der Personalabteilung im Hinblick auf die Handhabung der Wiederbesetzungssperren bedarfsgerecht eingesetzt werden kann. Diese Maßnahme führt auch dazu, dass das Personal entlastet wird. Wir glauben, dass in dem Bereich der Schulverwaltung etwas getan werden muss. Immerhin geht es um die Zukunft unserer Kinder.

Klar ist für uns, dass man natürlich auch in den anderen Bereichen andere Schwerpunkte setzen kann. Allerdings sollten hier die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wir jedenfalls sind der Meinung, dass im Schulbereich die Wiederbesetzungssperre vom Bürgermeister, der ja die Personalhoheit besitzt, im Interesse der Entwicklung unserer Schulen Priorität genießen muss.

Dieses gilt auch in Bezug auf die Ausstattung der Schulen mit Schulmöbeln. Wir meinen, dass die Verwaltung im Jahr 2020 ein Schulmöbelkonzept entwickeln soll, um eine bedarfsgerechte Bestückung der einzelnen Schulen mit Möbeln zu gewährleisten. Deswegen treten wir dafür ein, das Schulmöbelbudget um zusätzlich 50.000,00 € im Jahre 2020 zu erhöhen.

Für uns ist klar, dass auch andere Schwerpunkte gesetzt werden können. Allerdings darf in diesem Zusammenhang trotz der positiven haushalterischen Gegebenheiten nicht außer Acht gelassen werden, dass insgesamt in dem Haushalt etliche Risiken stecken. Denken Sie nur an die nachlassende Konjunktur und beispielsweise auch daran, dass oft von der

Bundespolitik im Laufe eines Jahres zusätzliche Aufgaben auf uns zurollen könnten.

Deshalb meine ich, dass wir im personellen Bereich mit Augenmaß an die Dinge herangehen müssen. Wir als CDU möchten jedenfalls nicht noch einmal in eine Situation geraten – ich betonte es schon einmal – wir vor zehn Jahren, als wir in die Haushaltssicherung gerutscht sind. Wir halten es daher mehr mit dem Grundsatz der „schwäbischen Hausfrau“: Sorgfältig und mit Augenmaß finanzielle Verpflichtungen einzugehen.

Soweit möglich, halten wir es auch für sinnvoll, wenn im Rahmen des Planungsamtes überlegt wird, ob man nicht bei der Aufstellung von Bebauungsplänen externe Vergaben anstreben sollte. Aus unserer Sicht ist dieses vielleicht punktuell teurer, aber die Flexibilität, die man dadurch erreicht, ist ungleich höher, als wenn mit eigenem Personal die Dinge umgesetzt würden.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass wir der Meinung sind, dass es Sinn macht, durch Erhöhung des Personaletats um 150.000,00 € für 2020 dem Bürgermeister bei der Stellenbesetzung eine höhere Flexibilität an die Hand zu geben, um eben unseren Schwerpunkt, nämlich die Entwicklung des Schulbereiches zu priorisieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zum Schluss möchte ich noch folgende Anmerkung machen:

Dieser Rat hat in der letzten Sitzung das Klimaschutzpapier einstimmig verabschiedet. Ich halte dies für eine Entscheidung, die wichtig und richtig war. Sie dokumentierte vor allen Dingen, dass wir als Entscheidungsträger in unserer Stadt den Umweltschutz ernst nehmen. Dieses Thema wird uns nicht nur hier in Dorsten auf lokaler Ebene sondern auch auf internationaler Ebene weiter beschäftigen.

Alle sind vom Klimawandel betroffen und auch fast alle Lebensbereiche:

Arbeit und Freizeit, Ernährung und Urlaub, wie Transport und auch Konsum.

Insofern muss sich natürlich insgesamt bei den Lebensumständen der Menschen viel ändern. Gerade auch – dies betone ich an dieser Stelle – in Bereichen, an denen Lebensfreuden hängen. Ich glaube, dass sich höhere Kosten und ein anderes Verhalten leider nicht vermeiden lassen.

Ich glaube, dass man der Klimapolitik Priorität einräumen muss. Dies gilt auch für Dorsten. Allerdings darf man die Ökonomie und den sozialen Frieden nicht aus den Augen verlieren. Ich bin der Meinung, dass sich Ökologie und Ökonomie und der soziale Frieden nicht ausschließen.

Wenn nur der Klimaschutz durchgesetzt würde, würde dies gewaltige Auswirkungen auf die Arbeitsplätze haben. Ich glaube, dass dadurch der soziale Frieden gefährdet werden könnte. Dieses stellt ein ganz hohes Gut dar. Wir wissen nämlich nicht, was dann passiert.

Deshalb ist auch hier in Dorsten unsere Aufgabe, darauf zu achten, dass immer eine Balance zwischen diesen 3 Säulen besteht.

So dringlich jedoch das Klimaproblem ist, können sich Demokratien nicht für Wirksamkeit von Maßnahmen kurzfristig entscheiden. Sie müssen auch, und dies halte ich für wichtig, für ihre Prinzipien stehen. Ein Prinzip, meine sehr verehrten Damen und Herren, heißt in unserer Gesellschaft Toleranz!

Insoweit glaube ich, dass dieses Thema ein sehr hohes Potenzial hat, eine Gesellschaft zu spalten, wie etwa auch die Flüchtlingspolitik sie gespalten hat.

Auf dem 1. Blick lässt sich gut und böse vordergründig leicht zuordnen. Der eine verzichtet auf seinen Pkw, SUV und auf Fleisch. Der andere macht weiter so wie bisher und setzt sich dann dem Verdacht aus, damit seinen Nachbarn und der Welt insgesamt zu schaden.

Ich bin der Meinung, dass man mit Moralisieren nicht weiterkommt. Auch wer einen SUV fährt, verdient es nicht, geächtet oder stigmatisiert zu werden.

Umgekehrt denke ich allerdings auch, dass Kritik nicht auf Sprech- oder Denkverbote hinauslaufen darf. Alle Bürgerinnen und Bürger sind gefordert, Widersprüche auszuhalten und auch miteinander im Gespräch zu bleiben. Wenn dies nicht geschieht, würde dies nur unser aller politischen Gegenspieler der AFD – ich spreche es hier bewusst aus – in die Hände spielen. Diese Partei freut sich schon heute darauf, jene Bürger anzusprechen und auf dem Stimmzettel einzusammeln, die den Klimawandel nicht als Problem erachten und sich schnell stigmatisiert fühlen. Mit ihnen können die Rechtspopulisten ihr Wählerpotential erheblich vergrößern.

Ein weiteres Prinzip, was wir als Demokraten verteidigen müssen ist die Rechtsstaatlichkeit. Ich betone es noch einmal ausdrücklich: Die Rechtsstaatlichkeit.

Es mag sein, dass angesichts der Größe des Klimaproblems Maßnahmen wie „Fridays for future“ und Schulweigerung angezeigt sind oder etwa die Besetzung von Kohlekraftwerken. Diese Verhaltensweisen kollidieren allerdings mit unserer Rechtsordnung.

Ich denke, wir sollten nicht anfangen, dies zu akzeptieren, denn wir leben in einem Rechtsstaat und dieser ist von allen einzuhalten, auch von denjenigen, die meinen, auf bestehende Probleme nachhaltig aufmerksam machen zu müssen. Würden wir dieses Prinzip vermeiden, würde eine Tür weit aufgestoßen und am Ende stünde, und dies halte ich für ganz schlimm, der Klimastaat.

Es ist unsere Aufgabe, auch als Kommunalpolitiker zu versuchen, in unserem Bereich die Wirksamkeit von Klimaschutz, Ökonomie, Freiheit und Gerechtigkeit miteinander zu vereinbaren und zu versöhnen. Wir dürfen uns nicht scheuen, den Bürgern etwas zuzumuten und auch Politik gegen Widerstände durchzusetzen.

Dies ist unsere Aufgabe. Wir müssen mit aller Kraft daran arbeiten. Dies gilt für uns und für unsere Nachfolger hier im Rat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es war mir ein Anliegen, diese Gedanken zu Papier zu bringen. Ich glaube, dass es Wert ist, über diese Problematik, insbesondere über die letzten Ausführungen in Ruhe einmal nachzudenken.

Ich denke, dass wir als Demokraten das alles unterschreiben können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich komme zum Schluss. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere bei der Kämmerei, herzlich bedanken. Sie haben uns auch in diesem Jahr mit Zahlen und Material sehr gut versorgt und standen uns zur Erläuterung stets zur Verfügung.

Die CDU-Fraktion wird dem Doppelhaushalt, dem Stellenplan sowie dem Haushaltssanierungsplan 2020/20121 zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

